Stadt
Hennigsdorf

Bericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Hennigsdorf vor dem SKS am 27. April 2010

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte nach vierjähriger Verhandlungszeit am 13. Dezember 2006 das „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ angenommen. Für Deutschland ist das Übereinkommen seit dem 26. März 2009 verbindlich.

Leitlinie dieses Vertragstextes ist die Anerkennung von Menschen mit Behinderungen als vollwertige Bürger ihrer jeweiligen Gesellschaft.

In der BRD hat man mit dem im Grundgesetz verankerten Verbot der Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen, der Einführung des Behindertengleichstellungsgesetzes und des im Neunten Buch des SGB verankerten Rechts auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben viel dazu beigetragen, die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu stärken.

Darüber hinaus gehen von der UN-Konvention überaus wichtige Impulse und Anregungen zur Fortentwicklung der Behindertenhilfe in Deutschland aus.

Das Übereinkommen selbst zielt auf eine inklusive Politik für Menschen, in der diese gleichberechtigt mit Menschen ohne Behinderungen teilhaben können. Diese gleichberechtigte Teilhabe bezieht sich auf nahezu alle Bereiche des täglichen Lebens. Sie umfassen neben der Zugänglichkeit u. a. die persönliche Mobilität, die unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gesellschaft, die Bildung etc..

In Deutschland werden am stärksten die Auswirkungen des Übereinkommens im Schulbereich diskutiert. In Art. 24 Abs. 2 finden sich die Forderungen an die Vertragsstaaten, Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung zu leisten, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern sowie angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen zu treffen. Gefordert wird ein „inklusives“ Bildungssystem auf allen Ebenen.

Deutschland muss zukünftig (wie alle Vertragsstaaten) regelmäßig den Vereinten Nationen berichten, was zur Durchsetzung der Rechte behinderter Menschen geplant, was erreicht wurde und wo noch Defizite bestehen. Der erste Staatenbericht muss bereits in zwei Jahren vorliegen. Danach ist nur noch eine vierjährige Berichtspflicht vorgesehen.

In Vorbereitung des Berichtes der Bundesregierung erstellen die einzelnen Bundesländer Aktionspläne. Das Land Brandenburg organisiert hierzu 5 Regionalkonferen-

zen, in denen die UN-Konvention bekannt gemacht und Aufgaben für das Land Brandenburg abgeleitet werden sollen.

Ziel der fünf Konferenzen ist es vorrangig, verschiedene Bevölkerungsgruppen und die unterschiedlichen Behördenvertreter sowie zusätzliche Akteure wie z. B. Schulen in der jeweiligen Region für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erreichen und einzelne Umsetzungsfelder zu besprechen. Besonderes Augenmerk soll auf die Novellierung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetz (BbgBGG) gelegt werden.

Im Vorfeld der Planung zu den Regionalkonferenzen wurde ich mit anderen Behindertenbeauftragten zu vorbereitenden Gesprächen im Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie des Landes hinzugezogen.

Mein Vorschlag, die Regionalkonferenz für den Bereich Prignitz-Oberhavel mit Ostprignitz-Ruppin nach Hennigsdorf zu holen, wurde aufgegriffen. So kann ich Sie, die Vertreter der kommunalen Politik, bereits heute für den 5. Juli 2010 in das Stadtklubhaus recht herzlich eingeladen.

Neben diesen großen behindertenpolitischen Sachthemen nimmt die Hilfe für den einzelnen Bürger einen großen Teil meiner Arbeit ein. So wurde meine Sprechstunde im letzten Jahr 680mal aufgesucht. Meine Sprechstunde führe ich dienstags von 9 - 12 Uhr und 14 – 17 Uhr sowie donnerstags von 9 – 12 Uhr durch.

Sofern ich aus arbeitstechnischen oder anderen Gründen nicht ansprechbar war, nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bürgerbüros die Sorgen und Nöte der Bürger auf und leiteten diese an mich weiter. Vielen Dank hierfür.

Das große Baugeschehen ist in der Stadt Hennigsdorf weitgehend abgeschlossen. Dennoch ist mein Sachverstand in Fragen der Barrierefreiheit gefragt. So kann ich z.B. an dieser Stelle den Neubau des Sozialgebäudes am Sportkomplex Süd, den Anbau an der Kita „Zwergenland“ sowie auch die Neugestaltung der Parkplatzanlagen am Krankenhaus Hennigsdorf nennen.

Ein wichtiger Aspekt in meiner Arbeit ist die Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat der Stadt Hennigsdorf. Diese Zusammenarbeit ist für beide Seiten fördernd. Gerade auch bei der Vorbereitung von Veranstaltungen erweist sich diese als wertvoll und hilfreich. In diesem Zusammenhang möchte ich mich herzlich bei der Vorsitzenden des Behindertenbeirates, Frau Schwartz, bedanken.

Die Mitarbeit im Koordinierungsrat der Behindertenverbände des Kreises Oberhavel ist für mich unerlässlich. Als Vorsitzender des Koordinierungsrates bringe ich immer wieder aktuell relevante Sachthemen in die Arbeit ein. Über die Behandlung von Sachthemen hinaus, bekomme ich Einblicke in die Aktivitäten der Behindertenverbände im Kreis.

Meine Arbeit wäre ohne den regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den kommunalen Behindertenbeauftragten im Land Brandenburg nur schwer möglich. Bei 5 Tagungen im Jahr, darunter einer 2-tägigen Klausurtagung, werden Themen aus allen Lebensbereichen behandelt. An diesen Tagungen nehmen Referenten aus Ministerien, Verbänden und Einrichtungen teil. Die gebündelten Erfahrungen der kommuna-

len Behindertenbeauftragten sind im Gegenzug u. a. für beabsichtigte Vorhaben auf Bundes- und Landesebene gefragt.

Im Artikel 8 der o. g. UN-Konvention wird gefordert, dass das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen ist, um Klischees und Vorurteile auszuräumen. Dem kommt die Stadt Hennigsdorf unter anderem mit ihrem inzwischen 19. Tag mit behinderten Menschen nach. Am Tag mit behinderten Menschen haben die behinderungsspezifischen Selbsthilfegruppen, Vereine und Verbände die Möglichkeit, ihre Arbeit einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Der diesjährige Tag mit behinderten Menschen findet am 6. Mai auf dem Postplatz statt, zu dem ich Sie, sehr geehrte Abgeordnete, recht herzlich einladen möchte.

gez. Jörg Rühle